

# Arbeiter

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Sonnabend

14. Februar 1925

Berlin und Anzeigenabteilung:  
Geschäftsamt 9-6 Uhr  
Verleger: Dorwüster-Verlag GmbH  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

## „Der Bund der roten Kaken“.

Nadel als Drahtzieher.

Am heutigen vierten Februarabend war eine große Anzahl von Zeugen geladen, darunter Reichsanwalt Dr. Brandt, der die Angeklagten in der Sache des Berliner Polizeipräsidenten, wurde aber bis zum Freitag kommenden Woche entlassen, da erst dann die Beweisaufnahme nach den Dispositionen des Gerichts beginnen soll. Nach Abschluß der Vernehmung der Angeklagten soll auf Wunsch der Verteidigung ein freier Tag eingeschoben werden. Nach Eintritt in die Verhandlung wurden zunächst einige Reden Neumanns an „Helmut“ verlesen, darunter die Mitteilung, daß der kommunistische Waffenfabrikant Grenz in Cellar Wehrhahn unterirdisch habe und daß er, Neumann, diese Angelegenheit eingehend untersuchen werde sowie weiter die Forderung, das Monatshonorar für die L-Gruppe von 300 auf 900 Dollar zu erhöhen, da das illegale Leben der Gruppenmitglieder große Ausgaben erfordere und da zur Durchführung der Aufgaben verschiedentlich Aufwendungen nötig seien. Auf die Frage des Reichsanwalts, was in den Schriftstücken die Bezeichnung „Abteilung 12“ bedeute, erklärte der Angeklagte, daß das die Chiffre für die militärische Abteilung sei. Die Abschriften dieser Schriftstücke hat der Angeklagte Neumann angefertigt, die Originalstücke sind jedoch von Neumann nicht abgegeben worden. Auf den Hinweis der Verteidigung, daß es doch sehr auffallend sei, daß immer Abschriften der nichtabgegebenen Schriftstücke vorhanden seien, erklärte der Angeklagte Neumann, daß er infolge seines persönlichen Verhältnisses zu „Helmut“ zu solchen Vorsichtsmaßnahmen habe greifen müssen.

Rechtsanwalt Dr. Brandt: Hat denn der Angeklagte schon damals mit Ausweinanforderungen mit „Helmut“ gerechnet?

Angekl. Neumann: Natürlich mußte ich mit einer solchen Auseinandersetzung rechnen. Bisher habe ich vergessen, die Abschriften nach dieser Rücksprache mit „Helmut“ zu vernichten.

Dann wird ein bei den Akten befindliches Schriftstück Sinowjews

vom 30. November 1923 verlesen, das in einem Begleitschreiben der Zentrale an die Referenten zur Kenntnisnahme weitergeleitet wurde. Das Schriftstück trägt die Überschrift „Der deutsche Koltschak“, wamit General von Seede gemeint ist, der mit Koltschak verglichen wird und dessen Diktaturaussehen als außerordentlich günstig bezeichnet werden. Er handelt bewußt und vorsichtig, stütze sich auf den vernünftigen Teil der Sozialdemokratie, wie auf die große Bourgeoisie, er sei die größte Gefahr für die deutsche Revolution.

Seede sei der wirkliche Sohn, der legitime Sohn der Novemberrevolution. Es sei möglich, daß Seede als Diktator eine zeitlang Ebert in seinem Hofstaat behalte, aber Ebert könne nicht einen Tag lang ohne Seede regieren. Seede und Ebert seien die zwei Seiten derselben Medaille, Vorderseite: Novemberrepublik, Rückseite: Diktatur Seede. — Nicht nur Seede, sondern auch Ebert und Noske seien verschiedene Spielarten des Faschismus, aber trotzdem werde der Koltschakismus auf deutschem Boden nicht langlebiger sein, als auf russischem.

Angekl. Neumann: Das Schriftstück ist mir vom Heinz Neumann übergeben worden, der es von der Zentrale der Partei erhalten haben will. Ob er den Auftrag hatte, es mir zu übergeben, weiß ich nicht.

Rechtsanwalt Dr. Edmenthal: Dieses Schreiben hat mit in dem verurteilten Paket gelegen, das bei Neumann gefunden wurde und in dem auch die übrigen Schriftstücke gefunden worden sind.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte Neumann dann, daß die Ausstellung im Tiergarten zur Erschießung Seedes einmal vorgenommen sei. Vorher habe man vergeblich gesucht, Seede im Zatterfall zu finden. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß in der Voruntersuchung der Angeklagte erklärt habe, im Zatterfall habe er erst nach Mißlingen des Planes im Tiergarten nachgeforscht, meint Neumann, daß er sich damals geirrt habe. Man habe dann das Reichswehrministerium weiter beobachtet, woran sich aber Neus und Margies nicht beteiligten haben.

Vors.: Böge hat aber gesagt, daß Margies auch daran beteiligt war.

Angekl. Böge: Diese Aussage habe ich später revidiert. Weiter schildert Neumann, daß Margies ihm den Vorschlag gemacht habe,

eine Bombe auf Seede zu werfen.

daß er davon aber abgeraten habe, weil dadurch auch fremde Personen getötet werden könnten. Trotzdem habe Margies eine Bombe angefertigt, die dann von dem Angeklagten Neumann, Heinz Neumann und Margies auf einer Kanakowle in Tempelhof ausprobiert wurde, und eine ziemlich starke Sprengkraft auswies. Am nächsten Tage sei dann noch Böge aus Interesse an die Sprengstelle gegangen und habe einige Bombenplättchen mitgebracht.

Vors.: Dann hätten Sie auch die Absicht, Seede im Reichswehrministerium selbst zu erschlagen.

Angekl. Neumann: Bei mir bestand diese Absicht nicht. Ich telefonierte mit dem Adjutanten, Oberleutnant v. Tschadow, stellte mich als Berichterstatter einer Schweizer Zeitung vor und fragte, ob es möglich sei, den General zu sprechen, erhielt aber die Auskunft, daß Seede sich nicht sprechen lasse.

Vorsitzender: Weshalb wollten Sie ihn denn sprechen, wenn Sie doch die Absicht hatten, ihn nicht zu töten.

Angekl. Neumann: Ich wollte versuchen, so zu erfahren, wie seine Dienststellung war.

Vorsitzender: Vor dem Untersuchungsrichter haben Sie ausdrücklich ausgelegt, Sie hätten die Absicht, ihn im Reichswehrministerium zu töten.

Angekl. Neumann: Allerdings hatte ich die Absicht, aber nicht mehr dann, als der Plan im Tiergarten gescheitert war.

Vorsitzender: Ich denke, dann wollten Sie ihn auch nicht töten.

Angekl. Neumann: Zuerst doch.

Weiter befindet der Angeklagte, wie er erfahren habe, daß Seede mit dem Reichswehrminister Geßler nach Weimar gefahren sei. Den Tag der Rückkehr habe er auf telephonische Anfrage aus dem Reichswehrministerium erfahren. Darauf habe er mit Seede den Anhalter Bahnhof beobachtet, um Seede, wenn er den Bahnhof verließ, niederzuschießen. Allerdings, so erklärt Neumann, habe ich da auch nicht mehr die ernsthafte Absicht einer Tötung.

Vorsitzender: Davon haben Sie in der Voruntersuchung auch nichts gesagt.

Angekl. Neumann: Nein, alle inneren Vorbehalte habe ich nicht angegeben.

Vorsitzender: Sie hätten doch geladene Pistolen mit?

Angekl. Neumann: Ja wohl.

Auf weitere Fragen erklärte Neumann, daß er sich den ersten Schuß auf Seede vorbehalten habe. Sein Begleiter sollte darauf achten, wenn er die Pistole ziehe und dann auch gleich schießen.

Sowohl vom Vorsitzenden wie von der Verteidigung wird der Angeklagte auf verschiedene Widersprüche auf diese seine Befundungen aufmerksam gemacht, was ihn schließlich zu der Bemerkung veranlaßt, daß er doch kein Jurist sei, und deshalb nicht so feine Unterschiede machen könne. Er schilderte dann eingehend, wie er und Seede mit Fahrern vor dem Bahnhof aufgestellt genommen und auf Seede — allerdings vergeblich — gewartet hätten. Er selbst sei überzeugt gewesen, daß Seede in Begleitung Geßlers und anderer Personen, überhaupt in einem allgemeinen Gedränge, dem Frankfurter Zug entsteigen werde, und daß deswegen ohne Gefährdung anderer Personen ein Attentat auf ihn nicht ausführbar gewesen wäre. Mit dieser Entschuldigung wäre er dann auch noch zufrieden seiner „vorgelesenen Behörde“, nämlich „Helmut“ gegenüber, gebekkt gewesen. Seede habe er aber von seinem innerlichen Vorbehalten nichts mitgeteilt, weil dieser ja Anweisung hatte, nicht vor ihm zu scheitern sondern erst auf das Zeichen zu warten.

Der Angeklagte Böge erklärte hierzu auf Befragen des Vorsitzenden, daß er den Plan Neumanns, vor dem Anhalter Bahnhof auf Seede zu warten, für Theater gehalten habe, nachdem Neumann nach dem Scheitern des Planes im Tiergarten die Angelegenheit Seede ihm gegenüber als abgebrochen bezeichnet habe.

Vors.: Böge mußte doch nun annehmen, daß der Plan von Ihnen nicht aufgegeben war.

Angekl. Neumann: Ich dachte, er würde das ebenso wie ich nur als eine Demonstration auffassen.

Justizrat Dr. Frank: Wenn Seede nun aber ganz allein ohne Geßler ausgeflogen wäre, was hätten Sie denn dann gemacht?

Neumann (stehend): Das weiß ich nicht. Das hätte von den verschiedenen Umständen abgehungen.

In diese Darstellung knüpfen sich noch lange Auseinandersetzungen zwischen der Verteidigung und dem Angeklagten, in denen Neumann jedoch an seinen Befundungen trotz aller Hinweise auf die inneren Widersprüche seines Verhaltens festhält.

Vors.: Sind Sie denn einmal im Reichswehrministerium gewesen?

Angekl. Neumann: Nein, es handelt sich da um eine falsche Darstellung eines Mitangeklagten.

Die weiteren Beobachtungen der L-Gruppen beschränkten sich dann darauf, ob Seede im Kraftwagen das Ministerium verlässe. Am 18. oder 19. Dezember habe Brandler dann in einem Gespräch erklärt, daß

die Massen infolge des Parteiverboles doch nicht so reagierten, wie die Parteizentrale es angenommen habe. Deshalb habe die Erschließung des Generals von Seede keinen Wert mehr.

Die Gruppen sollen ihre Arbeit in dieser Richtung einstellen. Dieser Anweisung Brandlers sei von „Helmut“ nicht widersprochen worden, denn er habe sich auch als Untergebener Brandlers gefühlt.

Vorsitzender: Brandler soll diese Direktiven von Kuhlmann bekommen haben. Er soll eine Unterredung mit Nadel gehabt haben, und zwar in Dresden.

Angekl. Neumann: Das ist mir nicht bekannt. Ich weiß nur, daß, nachdem die Reichswehr in Dresden eingerückt war, die Zentrale in Dresden

Besuch aus Moskau

erhielt. Das hat mir ein gewisser „Eduard“ erzählt. Dieser Besuch, so sagte „Eduard“, hat die ganze Gesellschaft in Dresden auseinander gejagt und nach Berlin geschickt. Auf meine Frage, wer denn dieser Besuch gewesen sei, sagte er „Karlchen“. Das konnte niemand anders als Nadel sein.

Vorsitzender: Warum konnte das niemand anders als Nadel sein?

Angekl. Neumann: Weil Nadel in allen Gesprächen zwischen „Eduard“ und mir immer als „Karlchen“ bezeichnet wurde. Da aber die L-Gruppe damals noch gar nicht bestand und ich noch keinen Auftrag hatte, Seede zu erschlagen, konnte Nadel mit Brandler darüber in Dresden noch nicht gesprochen haben. Ob Nadel dann bei der Aufstellung des fünfter Kopies in Berlin war, weiß ich nicht, glaube ich aber nicht, weil

Brandler damals sofort den Befehl erhielt, nach Moskau zur Berichterstattung zu kommen.

und an den Moskauer Besprechungen hat dann Nadel teilgenommen. Vors.: (zu Neumann): Wenn Sie nicht die Absicht gehabt hätten, Seede zu töten, weshalb haben Sie dann aber Ihre Brieftasche und alles schriftliche Material zu Hause gelassen, für den Fall einer Festnahme.

Angekl. Neumann: Das geschah nur einmal, als wir vor dem Anhalter Bahnhof warteten, weil ich damals durch meine schlechte Kleidung bei der Polizei leicht Verdacht erwecken konnte.

Der Vorsitzende kommt dann auf die Zettel zu sprechen, die die L-Gruppe angeblich am Tatort zurücklassen wollte, auf denen mit roter Farbe geschrieben stand: „So rächt sich die Revolution, der Angekl. Neumann: Bei der Bildung der L-Gruppe sagte „Helmut“, die Gruppe müßte einen Namen haben, und er schlug schließlich vor „Bund der roten Kaken“. Ich ließ dann den Zettel von Schadowitz zeichnen, damit, wenn Regenschneise mit mir verhandelt würde, ich diese „Helmut“ vortragen könnte mit der Bemerkung, daß man diese Zettel nach Erschließung des Attentats am Tatort zurücklassen sollte.

Justizrat Frank: Wenn Sie aber doch nicht die Absicht der Tötung hatten, wozu dann die Anfertigung dieser Zettel, nur zum Scherz?

Neumann: Am „Helmut“ fragen zu können, wir hätten alles vorbereitet, unglücklicherweise konnte die Tat aber nicht durchgeführt werden.

Hierauf trat eine heilbründige Pause ein.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

## Faschistische Internationale.

Eine „Weltorganisation“ des Faschismus.

Rom, 11. Februar 1925.

Im faschistischen Jargon ist das Wort „international“ verpönt. Trotz seiner innigen Beziehungen zu zwei eminent internationalen Institutionen — der Hochfinanz und der katholischen Kirche — soll beim Faschismus alles national sein. Zu Anfang wies man den Gedanken mit Entsetzen zurück, daß es auch in anderen Ländern etwas wie Faschismus geben sollte; die Idee eines Einvernehmens mit anderen Ländern erinnerte — o Schreden! — an die rote Internationale und löste die bekannten Kundgebungen aus, die der Anblick der roten Farbe bei manchen Lebenden auszulösen pflegt. Und auf einmal setzt der „Führer“ auf die Tagesordnung des „hohen Rates“ die „vorläufige Prüfung der Möglichkeit einer „universalen Entente“ zwischen den faschistischen und dem Faschismus verwandten Bewegungen“. Natürlich ist die Erde zu klein, es muß schon das Universum herangezogen werden; man kann ja dann die Faschisten, dem Planetensystem nach, dem sie angehören, in Untergruppen teilen.

Übersehen wir die Sache aus der faschistischen Großmäuligkeit in die gewöhnliche Sprache, so haben wir eine ganz natürliche Entwicklung. Der Faschismus ist eine internationale Erscheinung, so international, wie es die Kriegsjahre waren, die weit über die kriegsführenden Länder hinausreichten. Es ist Binsenwahrheit, daß der Krieg die politische Macht der bürgerlichen Klasse stark erschüttert hat, während er ihre wirtschaftliche Macht noch erhöhte. Was ist im Grunde der Faschismus anders als ein Werkzeug der Inhaber der wirtschaftlichen Macht zur Wiederherstellung der politischen Autorität der herrschenden Klasse? Die demokratischen Staatsformen und das Wachsen der Volksschulbildung haben diese Autorität durchlöcher, ohne die herrschende Klasse als Beherrscherin der Produktion merkbar zu erschüttern. Während — um es ganz grob und diktatorisch zu sagen — der Sozialismus daraufhin arbeitet, die Fähigkeiten und die Kenntnisse der Massen auf dem Gebiet der Organisation der Wirtschaft auf das Niveau der politischen Rechte der Massen zu heben, stellt sich der Faschismus die Aufgabe, eine der tatsächlichen Autorität der herrschenden Klasse im Wirtschaftsleben entsprechende politische Autorität herzustellen. „Weg mit Demokratie und Volksbildung“ ist seine Losung; wer Herr der Produktion ist, sei Herr im Staate.

Für dieses Autoritätsprinzip finden sich natürlich viele Anhänger. Und wer bereit ist, für diese Sache Geld auszugeben — was jede Aktiengesellschaft ganz ehlich als Geschäftsaussage buchen kann — findet nicht nur in Italien Leute, die bereit sind, mit Anäppl und Reosolvo zu arbeiten. Wenn sich der Faschismus eher in Italien entwickelt hat als anderswo, so war daran unter anderem die Zerstörung der politischen Macht der Bourgeoisie schuld, die die demokratischen Staatsinstitutionen nicht in lenken verstand, die weitgehende Unbildung der Massen und nicht zuletzt die Welle einer aufsteigenden Wirtschaftskonjunktur, von der sich der Faschismus empfortragen ließ, während er glauben machte, die treibende Kraft des Aufstieges zu sein.

Aber die vom Faschismus verwirklichte Wirtschaft hat, bis auf das Klingelweien, durchaus nichts spezifisch Italienisches. Der normale Italiener ist geneigt, sein Land nicht allzu hoch einzuschätzen; man wird selten einen finden, der Italien zur Welt Herrschaft berufen glaubt. Aber er liebt sein Land und dessen Eigenart, und würde es nie in der Weise im Ausland bloßstellen und als minderwertig abstempeln, wie dies Mussolini in jedem seiner „zur Hebung des Fremdenverkehrs“ gewährten Interviews mit auswärtigen Korrespondenten tut.

Der Faschismus hat in der Praxis viel von der nordamerikanischen Trustwirtschaft, und es dürfte ihm nicht erspart bleiben, die Erfahrung zu machen, daß zu diesen nordamerikanischen Methoden eben auch nordamerikanische Finanzen gehören; in der Theorie strebt er nach preußischem Soldatengeist, nach preußischer Ordnung und Disziplin. All seine Ideale, die er als „made in Italy“ vor sich her schiebt, sind importiert. Auch befehligt er sich in keiner Weise der Förderung des italienischen Kapitals: man denke nur an die Verschacherung der italienischen Bergwerke an fremdes Kapital, an die Verpachtung von Eisenbahnanlagen an auswärtige Unternehmer usw.

Wenn der Faschismus heute eine „Weltorganisation“ der Reaktion schafft, eine Art politisches Pendant der Organisation der Hochfinanz, so tut er von seinem Standpunkt aus das ganz Richtige. In einer solchen Organisation, die natürlich nur möglich ist, weil bei allen Teilnehmern die „nationalen Interessen“ nur das Aushängeschild der kapitalistischen Interessen sind, würde heute der italienische Faschismus die größte Rolle spielen. In einem Jahre könnte die Sache schon anders sein. Der „König im Exil“ stellt immer weniger vor als der König auf dem Thron. Deshalb ist es höchste Zeit, die Weltorganisation in Angriff zu nehmen.

Im Inland wird dem Faschismus alles bekräftigt. Seine Schulreform, die Mussolini selbst als die faschistischste aller Reformen bezeichnet hat, ist vom Senat so zerstückt worden, daß es einen erbarmen könnte. Mussolini kennt keine Solidarität mit Unterliegenden, und wenn es ihm bis tiefsten waren, und so hat sein Minister die Reform in all ihrem Wesentlichen preisgegeben. Auch die Heeresreform, auf die wir zurückzukommen Gelegenheit haben werden, wird vom

Senat abgelehnt werden; sogar an der Wahlreform haben diese alten Frondeure etwas zu mäßen. Viktor Emanuel „Macedonien“ wird dem Faschismus offenbar zu klein. Hoffentlich wird der „Hohe Rat“ die Gründung eines „Allerhöchsten Weltrates“ beschließen, gegen dessen Verfügungen nur noch die Nichtigkeitsbeschwerte an den lieben Gott zulässig ist. Und auch die nur bei Formfehlern.

## Mussolini wieder oben auf.

Eine Siegesrede vor dem Faschisten-Großrat.

Rom, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Sitzung des faschistischen Großrates, die am Donnerstagabend von 10 bis 1 Uhr nachts stattfand, war zu einem großen Teil ausgefüllt von einer Lobrede Mussolinis auf den „Sieg der faschistischen Disziplin“. Er erklärte u. a., daß seit seiner letzten Rede am 3. Januar eine große Schlacht, aber noch nicht der Krieg gewonnen sei. Die große Krise des Faschismus, die im vergangenen Juni ausgebrochen war, dürfe als überwunden betrachtet werden. Der Faschismus stehe jetzt ganz allein offen anderen Parteien gegenüber, von denen nur noch Fragmente gegen die Regierung zu manövrieren suchten. Im ganzen genommen habe sich die Regierung und die Partei auf der Höhe ihrer Aufgaben gezeigt, trotz der unermesslichen Schwankungen, die jede große Revolution mit sich bringe. Schließlich beschloß der Großrat die Wiederberufung des Generalsekretariats der Partei. Auf Vorschlag Mussolinis wurde der bekannte extreme Faschist Barrinacchi gewählt. Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, die Leiter der faschistischen Organisationen des Landes zum 21. April zu einer Konferenz nach Rom zu berufen.

## Ein Hochzeitsgeschenk des Kronprinzen.

Der Silberschatz der preussischen Städte.

Im Jahre 1905 trat der damalige Kronprinz von Preußen in den Ehestand. Zu seiner Hochzeit sollte er von den preussischen Städten ein reiches Silbergeschenk erhalten. Über 400 preussische Städte beteiligten sich an der Aufbringung der Mittel. Lediglich die westfälischen Städte schlossen sich aus, die mit der Provinz Westfalen schon vorher ein besonderes Geschenk beschlossen hatten. Rund eine halbe Million Mark kamen auf diese Weise zusammen. An dem Geschenk ist über 10 Jahre lang bis in den Krieg hinein von den berühmtesten Goldschmieden Deutschlands gearbeitet worden. Für die Entwürfe wurden die hervorragendsten Künstler gewonnen, für die Ausführung die besten Werkstätten. Neben den Gebrauchsgegenständen sind vorhanden einige große Schmuckstücke, wie eine Reitergruppe, Tiergruppen usw. In 40 Kisten lagert heute in den Kellern der Reichsbank von Berlin sorgfältig verpackt dieser Silberschatz, der aus kostbaren Tafelarrangements, Frucht- und Blumeninsalen, Kandelabern usw. besteht und mit dem man imstande ist, nahezu 500 Personen zu gleicher Zeit zu speisen. Nach Urteil von sachkundiger Seite handelt es sich um einen Silberschatz von unschätzbarem Werte, wie er wohl in Jahrzehnten nicht wieder angefertigt wird und in ähnlicher Weise auch wohl bisher kaum je hergestellt wurde.

Zur Sammlung der Mittel war seinerzeit ein Ausschuss gebildet worden, in dem man den Vorstand des preussischen Städtetages durch eine Anzahl Oberbürgermeister und Stadtverordnetenvertreter erweiterte. Das Komitee bestand aus 26 Personen, von denen heute nur noch ein kleiner Teil lebt bzw. bereits aus dem Amte ausgeschieden ist. Das Geschenk konnte zur Hochzeit des Kronprinzen diesem nur durch das Komitee der Oberbürgermeister angekündigt werden. Bis zum Kriege war es nicht fertig geworden, und während des Krieges unterblieb die Ueberreichung aus erheblichen Gründen. Man dachte damals an andere Dinge. Nach der Katastrophe verschwand das Haus Hohenzollern von der Bildfläche, aber der kostbare Silberschatz war inzwischen fertig geworden und harpte seines Eigentümers. Da bei der liefernden Firma Zweifel darüber auftraten, ob eine Aushändigung an den Kronprinzen nach seiner Absetzung noch berechtigt sei, so half sie sich, indem sie der deutschen Reichsbank als Treuhänder den Silberschatz übergab, die ihn nun in ihrem Tresor sorgsam behütet und verwahrt.

Wie wir hören, hat sich nun ein Abgesandter des früheren Kronprinzen bei den verschiedenen beteiligten Stellen, dem Preussischen

Städtetag, der Stadt Berlin sowie bei der Reichsbank bemüht, und um die Auslieferung des Gesichts er sucht. Die Reichsbank hat eine Auslieferung abgelehnt, da nach dem Abgange des Kronprinzen ihr ein Rechtstitel desselben mehr als zweifelhaft erscheint. Auch die anderen Stellen wollen mit dieser rechtlich verwickelten und politisch delikaten Sache möglichst wenig zu tun haben. Tatsächlich ist die Rechtslage ziemlich kompliziert. Zunächst hat seinerzeit der frühere Kronprinz kein Geschenk erhalten, sondern das Komitee hat ihm lediglich ein Geschenk angekündigt. Es liegt also ein Schenkungsver sprechen vor, das unter den veränderten Verhältnissen seine Grundlage vollkommen verloren hat und daher nicht inne gehalten werden darf. Weiterhin ist es aber außer Zweifel, daß diejenigen Stellen, an die der Kronprinz herangerufen ist, gar nicht be fugt sind, über das Geschenk in dem Ausmaß zu treffen. Die Stadt Berlin war lediglich in dem Ausschuss vertreten; auch der Preussische Städtetag stellt rechtlich etwas ganz anderes dar als das damalige Komitee einer Anzahl preussischer Städte, dessen Mitglieder heute größtenteils tot, pensioniert oder aus ihren Ämtern geschieden sind. Um ein zutreffendes Urteil über den Willen der Geschenkgeber zu haben, müßten die 400 Städte wieder darüber befragt werden, ob sie auch heute noch bereit sind, dem Kronprinzen das versprochene Geschenk auszuhandigen. Man kann sich denken, daß der junge Herr aus Oels Verlangen nach dem kostbaren Silberschatz hat, der sein auch heute noch sehr erhebliches Vermögen um nahezu eine halbe Million Goldmark vermehrt. Die preussischen Städte aber haben jedenfalls keinen Grund, diesen Schritt zu tun. Die einfachste Lösung wäre, wenn alle Beteiligten sich darüber einigten, das Silbergerät wegen seines zweifel los künstlerischen Wertes einem Museum zu über weisen, wo es dann als ein Beispiel des künstlerischen Bruns und des Untertanenfinns der preussischen Städte während der wilhelminischen Epoche ausgestellt sein mag.

## Hitler für die Wittelsbacher.

Trennung von Ludendorff.

Zu den Angaben der Uneinigkeit innerhalb der völkischen Führerschaft teilt eine Persönlichkeit, die im völkischen Lager sehr genau Bescheid weiß, unserem Münchener Parteiorgan folgendes mit: „Nachdem der ehemalige Münchener Parteipräsident Pöhner, der sich im Hitler-Prozess rühmte, schon seit fünf Jahren Hochperrrat zu treiben, seinen Uebertritt von den Völkischen zum rechten Flügel der Bayerischen Mittelpartei vollzogen hat, war es das Be streben der bayerischen Regierungspresse, Hitler auf ihre Seite zu bekommen. Das scheint nunmehr ge lungen zu sein, obwohl Ludendorff in letzter Minute noch ver suchte, durch seinen persönlichen Brief an den bayerischen Er tronprinzen Rupprecht seine Position zu stärken. Hitlers erster Gang nach seiner Entlassung war denn auch nicht zu Luden dorff, wie fälschlicherweise in der völkischen Presse mitgeteilt wurde, sondern zu Pöhner. Anfang Januar fand zwischen Hitler und Ludendorff eine eingehende Aussprache statt, in der Hitler folgendes als seine unabänderliche Meinung festlegte:

1. Eine gemeinsame politische Zusammen arbeit zwischen Ludendorff und mir ist un durchführbar, sie besteht in erster Linie darin, daß die Gegenläufe zwischen dem vaterländisch eingestellten bayerischen Kreise und Ludendorff nicht zuletzt durch seinen Konflikt mit Rupprecht und seiner Einstellung zum Ultramontanismus zu dauernden schweren Reibungen führen würde.

2. Mit dem Tage der Neugründung der alten Nationalsozialistischen Partei ist die Reichsführerschaft der Freiheitspartei überflüssig geworden und die am 18. Februar 1924 geschlossene Verbindung zwischen beiden Parteien durch die neuen Tatsachen überholt.

3. Die alte Nationalsozialistische Partei hält nach wie vor an Antiparlamentarismus fest und beteiligt sich nicht an den Wahlen.

Pöhner sei es ferner gelungen, die Kampforganisationen „Frankenland“, „Reichsflagge“ und „Frontkriegerbund“ ebenfalls seinen Bestrebungen dienstbar zu machen. Für

die materielle Wiederbeschaffung der Bewegung werden die Münchener Großindustrielle Zeller und Kommerzienrat Jenz, ferner auch der Baron Arenin vom „Bayerischen Königsbund“ sorgen. Die Regisseure der neuen Bewegung sind die bekannten bayerischen Politiker Dr. Bittinger, Dr. Heim und der Führer der vaterländischen Verbände in Bayern, Professor Bauer, deren Namen in der letzten Zeit mit den Bestrebungen auf Wiedereinführung der bayerischen Monarchie des öfters genannt wurden.

Die Abkündigung Adolf Hitlers zu Pöhner und seine damit bedingte Trennung von Ludendorff offenbaren nunmehr, daß Hitler sich zum Agitator der partikularistischen bayerischen Machinationen entwickelt hat. Er geht damit denselben Weg, den der bekannte bayerische Bauern bündnisführer Dr. Heim in seiner Jugend gegangen ist. Heim war vor langen Jahren ein Gegner des bayerischen Zentrums, entwickelte sich dann aber infolge der geschickten Regie der Zentrumsführer Pichler, Daller und Ortner zu einem Agitator für die bayerischen Klerikalen und Monarchisten.“

Die Stellung Hitlers zur „Freiheitspartei“ ist damit völlig klar gestellt. Herr Wulle erucht uns im Anschluß an unsere Berichte über die Preuentagung der Freiheitspartei um die Mitteilung, daß der Bericht in den wesentlichen Punkten den Tatsachen auf den Kopf stellt. Es ist unter anderem niemals gefordert worden, daß Herr Hitler sich der Leitung des Nordens unterstelle, sondern es ist lediglich gefordert worden, daß Herr Hitler bei der gemeinsamen Bewegung bleibe, selbstverständlich als Mitglied der Reichsführerschaft.

Diese Aufschrift ist durch die Feststellungen Hitlers überholt. Es gibt keine einheitliche „Nationalsozialistische Freiheitspartei“ mehr.

## Die Verzögerung des Kontrollberichts.

Nur wenige einwandfrei festgestellte Verfehlungen.

Paris, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Ver zögerung des Schlussberichts der Kontrollkommission, dessen Ein tritt man in Paris für Sonntag oder spätestens Montag erwartet, soll, wie der „Matin“ behauptet, darauf zurückzuführen sein, daß die Mitglieder sich nicht darüber zu einigen vermocht hätten, ob der Schlussbericht alle in Laufe der Generalkonferenz aufgedeckten Ver fehlungen sowie die darauf aufgebauten Vermutungen aufzählen oder sich auf die Mitteilung einiger weniger zweifelhaft festgestellter Verfehlungen der Abrechnungsvorschriften beschränken soll. Nach langem Zögern habe man sich für das letztere ent schieden, was den Vorteil habe, daß es Deutschland dabei unmöglich sei, die Feststellungen des Berichts in Zweifel zu ziehen. Dagegen scheine zwischen London und Paris noch immer keine Einigung erzielt worden zu sein über die von Frankreich gewünschte Veröffent lichung des Berichts.

Paris, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Paul Boncour, einer der Vertreter Frankreichs im Völkerbund, kündigt am Sonnabend in einem Artikel des „Oeuvre“ an, daß er auf der nächsten Sitzung des Völkerbundesrates die Kontrolle gewisser Fabriken im Ausland, die angeblich für Rechnung der deutschen Re gierung Rüstungsmaterial herstellen, beantragen werde.

## Philipp Berthelot Nachfolger Margerites.

Paris, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das „Journal“ will wissen, daß Philipp Berthelot, der dieser Tage rehabilitierte ehemalige Generalsekretär des Ministeriums des Innern als Nachfolger der Margerites für den Posten der Reichspost in Berlin in Aussicht genommen sei. Berthelot, der wegen seiner Bemühung in den Konturs der Industriebank von China durch ein Disziplinarver fahren aus seinem Amte entfernt worden war, gilt als einer der fähigsten Diplomaten Frankreichs. Er war einer der Hauptmitarbeiter Briandens.

Politisches Attentat in Bulgarien. In Sofia wurde Professor Mileff, Direktor der Zeitung „Globo“ und der Regierungsmehr heit angehöriger Abgeordneter, heute Abend um 8 Uhr auf der Straße von drei Personen ermordet.

## Stadt in Trauer.

von Erich Gripar, Dortmund.

Hundert rauschende Feste sind plötzlich abgesetzt. Die Straßen, durch die Prinz Karneval mit lautem Lärm zu reiten sich ansetzte, sind still. Nicht leer. Nicht tot. Aber eine Gebärde der Trauer tragen sie alle. Die Behörden und zahllose Geschäftshäuser haben schwarze Fahnen oder die umflorte Reichsflagge auf Halbmast gesetzt. In alle Richtungen des Lebens hinein hat sich die Trauer gelegt. Keine Menschengruppe, die nicht bemegt ist von dem Unglück. Kein Bergmann, der nicht einer Gruppe Umstehender die möglichen Ur sachen dieses traurigen Ereignisses zu erklären versucht. Aber dringt Erklärung in die letzten Kammern des menschlichen Hirns? Dringt der begreifende Verstand in das erschütterte Herz der Trauernden: Kann irgendein anderer seinen Schlag in dieser Stunde dämpfen als der Tod, der 135 Herzen stehen machte?

Autos mit Bergungsmannschaften durchfahren unablässig die Laufende, die noch immer die Jeche umlagern. Jeder, der einem Bergungstrupp angehören durfte, wird umlagert von Angehörigen, die Auskunft wollen über ihre Toten. Mit unsahbarer Demut werden die immer ergänzten Verlustlisten studiert. Jeder weiß, daß alle verloren sind, und doch rankt sich Hoffnung in die Herzen der Frauen und Mütter, wenn der Name ihres Vermissten noch fehlt. Hoffnungen, die schon in den nächsten Stunden zwischen werden, um einer tiefen Wehmut, einer großen Erschütterung Platz zu machen. Kaum ein Haus im Umkreis des Bergwerks, das nicht ein oder zwei Tote zu beklagen hat. Bräute, die ihrer Hochzeit entgegensehen und deren Brautführer nun der Tod wurde. Mütter, die den Todestag des Vaters zu begehen sich anschicken und nun am gleichen Tage den Sohn verloren. Um drei Söhne trauert die eine. Um Mann und Sohn die andere. Arm in Arm fand man viele. Tot. Tot. Alles tot. Auch die Stadt. Die helle Frühlingssonne, die gestern und heute zum ersten Male nach langen Regen wochen scheint, hebt die Trauer nur noch mehr hervor. Noch düsterer scheinen die Menschen. Noch niedriger die Häuser, in denen Kinder und Mütter, Frauen und Brüder weinen. Montag oder Dienstag wird die Bestattung sein. Dann werden an sämtlichen Straßen, durch die der endlose Zug der Trauernden gehen wird, schwarze gestrichelte Lampen brennen. Die Trauer wird noch einmal alle Herzen erschüttern, dann wird die Stadt wieder aufstehen. Das Leben wird wieder fließen. Die Vergesslichkeit der Lebenden.

Große Summen werden verteilt und verteilt werden an die Hinterbliebenen. Die Tränen werden allmählich versiegen, und der harte Kampf ums Leben wird für sie beginnen. Der Kampf um die Remis. Unerbittliche Rechner werden mit Listen und Zahlen sich zwischen Hinterbliebenen und ihre Toten stellen. Vergessen von den Tieren, die heute trauern, werden sie darben. Darben, wie die

anderen darben, deren Ernährer früheren Katastrophen zum Opfer fielen. Es ist immer das alte Lied. Und auch diesmal wird keine neue Melodie ertönen. Denn eine Trauerstadt ist jede Kohlenstadt. Und nicht nur heute. Immer ist Trauer in unserer Stadt um die vielen Opfer, die Jahr um Jahr der blutige Moloch, der finstere Kapitalismus sich fordert, bis er zerfressen am Boden liegt.

Dann wird erst aus der Stadt der Trauer eine Stadt der Freude werden.

## Kiemerschmid über Kunstszierung.

Der Verein für deutsches Kunstgewerbe brachte in seiner Mit wocherversammlung einen Vortrag von Prof. Kiemerschmid aus München über Kunstszierung. Kiemerschmid verwarf vor allen Dingen die Lehrmethoden unserer Kunstschulen und Akademien, ihr starres System, in das sie den Schüler zwängen. Sie geben sich wie Akademien, in denen Wissenschaft gelehrt wird, nicht Kunst. Anstatt das ursprüngliche, natürl. Talent des Schülers hervorzuholen, zu entwickeln, zu befestigen und zu schulen, wird es durch den schematischen Lehrgang zerstört oder verwässert. Als Lehrmittel werden gern die höchsten Meisterwerke verwendet und man verzifft dabei, daß die Schüler Anfänger sind und der Anfänger auch den An fänger besser begreift. Das fruchtbarste Vorbild für die Schüler ist das Erreichbare, nicht das Unerreichbare. Er soll nicht zu den höchsten Leistungen erogen werden, sondern jeder zu seinen höchsten Leistungen. Alle künstlerischen Kräfte sollen neben einander bestehen dürfen, ohne den Unterschied von hoher oder ge ringer Kunst. Auch auf die rein zeichnerische Geschicklichkeit wird noch viel zu viel Wert gelegt; ein leichtes Abzeichnen bedeutet noch keine künstlerische Begabung. Der Sinn für Verhältnisse, Gegenstände, Zusammenhänge, für Formen und Farbe ist die wichtigste Voraus setzung. Die Schule muß sich stets die Frage stellen, welche Art von Kunstwerk kann der Schüler hervordringen? Für die große Mehr zahl wird das Handwerk, die Gebrauchskunst, das Gebegene sein. Es ist auch sehr wichtig zu begreifen, daß der Arbeitsvorgang und der Werkstoff ausschlaggebend für die Gestaltung des Wertes sind. Es hängt nun aber von der ganzen Weltansicht des Menschen ab, welcher Werkstoff sein Werkstoff, welches Werkzeug sein Werkzeug ist. Man kann den Feiertagen die Glasmasse, das Majolik, den Gebäudigen die Weberei und Eisenarbeiten, den geistig schwer fälligen Eisenarbeiten anraten. Man muß jeden das ihm ent sprechende Ausdrucksmittel finden lassen. Durch das stereotype Ar beiten auf unseren Kunstschulen mit Ton, Kohle, Bleistift, Pinsel, diesen bequemsten Werkzeugen, wird nur Fassigkeit und Bequemlich keit gelehrt; nur wer sehr viel zu sagen hat, sollte sie in die Hand bekommen.

Alles Leben muß im Hinblick auf das Ziel, in ständiger Verbin dung mit einer bestimmten Aufgabe stehen. Dadurch vermeldet man Arbeiten, die aus dem Wandteppich ein Gemälde machen, den Spiegeleffriß zur Statuette gestalten.

Man braucht nicht, um ein Pferd zu stülperen, es zunächst naturalistisch genau kopieren zu können, wie meist gelehrt wird. Jeder Schüler soll nur das wiedergeben, was er behalten hat, was ihm das Wesentlichste ist, was ihn vor der Natur erregt hat, und

ihm fahbar war. Nur die Form ist wertvoll, die sichtbarer Ausdruck einer sichtbaren, inneren Erregung ist.

Für den Lehrer ist diese Art der von Kiemerschmid geforderten Arbeitsmethode nicht bequem. Ein Klassenunterricht ist ungeschloffen, auch ein Korrigieren im alten Sinne. An Stelle des starren Lehrplans müssen reise, bewegliche Menschen treten, die für jeden Schüler das aussindigt zu machen verstehen und bereithalten, was gerade er gebraucht.

Georg Herwegh als Schutzpatron schweizerischer Bauern. Die kleine Hauptstadt des Kantons Baselstadt, Biel, war am Sonntag, den 8. Februar, Schauplatz eines eigenartigen Schilddürger- oder, zutreffender ausgedrückt, Schilddauernstreiks. Wegen eines die Interessen des Bändchens angeblich schwer gefährdenden Entschides der eidgenössischen Instanzen hatte sich der Bevölkerung eine große Erregung bemächtigt. Die Nordostschweizerischen Kraftwerke, ein Genossenschaftsunternehmen mit staatlicher Subvention, beabsichtigen nämlich die Herstellung einer Hochspannungsleitung, die auch über baselstädtisches Gebiet zu führen hätte. Dem Konzeptions begehren der Gesellschaft wurde aber von der Bauernschaft in Ver sammlungen und Presse härteste Opposition bereitet; mit viel Stim menfaltung beschürmte man den Bundesrat, sein energisches Veto ein zu setzen. Als nun aber aus Bern ein gegenläufiger Beschluß ein trat, entlud sich der gehäufte Groll plötzlich in einer — auffallend milden, ja resigniert harmlosen Aktion. Von pietätvollen Händen wurden nämlich die Denkmäler der Ortshoheit mit großen Trauer schleifen umflort: das Wehrmannsdenkmal, die beiden Statuen vor dem Regierungsgebäude, das Bauernkriegsdenkmal und das Denk mal Georg Herweghs, des radikalen deutschen Freiheits sängers. Herwegh, dem der Kanton Baselstadt einst Schutz vor deutschen Höflichkeit gewährt, ist bekanntlich in Bielstaler Erde be statet. Daß er einmal unter die Leidtragenden einer mißlungenen Revolution verkehrt werden würde, hat er sich wohl im Leben nicht träumen lassen.

Erstausgaben der Woche. Dienst. Leipzig-Ed.: „Judibibli“. Mittw. Romäde: „Zurück zur Scholle“. Donnerst. Wolf-Ed.: „Berlin, wie es meini und laßt“. Freit. Deutsches Ed.: „Coriolan“.

Italien-Vorträge. Sonn. 3 u. 7: „Indien das Land der Träume“. 9: „Graf Speer letzte Fahrt“. Son. Montag ab 7 Uhr: „Die weiße Rana“. „Columbus-Plan“.

Die Volksbühne veranstaltet am Sonntag, den 15. Februar, mittags 1/2 12 Uhr im Theater am Ballplatz ein Wagner-Konzert mit der Kapelle der Staatsoper unter Leitung von Kapellmeister Georg Egel.

Das Original-Manuskript von Gändels „Caroo“, das sich im Besitz des Königs von England befindet, ist nun diesem erbtätig für die Wiedergabe in der deutschen Ausgabe der Gändel-Biographie von Neumann Neuberger freigegeben worden.

Die Wiener Staatsoper hat ab 1. März eine Herabsetzung ihrer Preise um 10 Krz. beschlossen.

Wundtens zahlungsunfähig! Wundtens hat für seine Expeditionen sein gesamtes Vermögen geopfert, einschließlich der großen Einnahmen aus seinem Buch über die Entdeckung des Südpols. Jetzt ist er mit 270 000 Kronen passiv, denen nur 50 000 Kronen Aktiva gegenüberstehen, in Konkurs geraten.

## Anwaltschaft gegen Staatsanwalt.

### Gegen den Unfug der Verhaftungen.

Die Berliner Anwaltschaft hat in einer Sitzung am Freitagabend sehr energisch gegen die sensationellen Verhaftungsmaßregeln protestiert, die der Staatsanwalt gegen den Justizrat Berthauer und seinen Sozius Engelbert angewandt hat.

Der Vorstand der Berliner Anwaltsvereinigungen, Rechtsanwalt Roth, und der Vorsitzende der strafrechtlichen Vereinigung der Berliner Anwaltschaft, Justizrat Böhmstein, führten heute vormittag in einstündiger Konferenz beim Justizminister Am Jahnhoff Beschwerde gegen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft. Der Justizminister sagte zu, daß er sofort den Generalstaatsanwalt Lindow zu eingehender Prüfung der Beschwerden veranlassen werde.

## Luther reist.

W.B. meldet: Reichsanwalt Dr. Luther ist gestern nachmittag aus Dortmund nach Berlin zurückgekehrt. Nach Erledigung dringender Rabinettgeschäfte wird der Reichsanwalt am Sonntagabend nach dem Besuche Ostpreußens nach Königsberg begeben, von wo aus er Dienstag früh nach Berlin zurückkehren wird. Ein Besuch des Reichsanwalts bei der sächsischen Staatsregierung ist für die zweite Hälfte des Monats Februar oder Anfang März in Aussicht genommen.

## Barmat und die kaiserliche Zeit.

### Vertuschungsversuche der Rechten. — Wo sind die fehlenden Aktenstücke?

Der Ausschuss des Reichstags zur Untersuchung der Kreditaffären war heute zusammengetreten, um den Arbeitsplan für die weiteren Verhandlungen festzustellen. Der Vorsitzende Abg. Saenger (Soz.) verliest ein Schreiben des früheren Abg. Kunze. Kunze teilt mit, daß er kein Material bereits veröffentlicht habe. Er stellt dann 14 Fragen, die nur das wiederholen, was in der Rechtsprelle über Korruption in den östlichen Stellen behauptet worden ist. Von dem früheren Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt ist ein Schreiben eingegangen, in dem zur Untersuchung einer Reihe von Behauptungen, die seine amtliche Tätigkeit betreffen, verlangt wird, daß das Protokoll des Untersuchungsausschusses aus dem Jahre 1920, dem 21 Reichstagsmitglieder angehört hätten, und die sich mit der Geschäftsführung der Kriegsgesellschaften befaßt hat, vorgelegt wird, ferner eine Reihe von Beamtinnen aus den dabei beteiligten Ministerien vernommen werden. — Die Anträge des Vorsitzenden des Ausschusses an die nationalsozialistische Partei nach ihrem Material, ist überhaupt nicht beantwortet worden.

Abg. Aufhäuser (Soz.) bemängelt erneut, daß die Reichsstellen die Zeit haben verstreichen lassen, ohne das vom Ausschuss gewünschte Material zur Verfügung zu stellen, trotzdem die Forderungen genau spezifiziert waren. Das Finanzministerium soll nunmehr erwidern, Aufhäuser darüber zu geben, welches Material und von welchen Reichsstellen es zu geben beabsichtigt sei, damit die Ausschussmitglieder rechtzeitig ihre Anträge dazu vorbereiten können. Der Vorsitzende teilt dazu mit, daß gestern ein längeres Schreiben des Reichsfinanzministers eingelaufen sei, das sich noch im Druck befinde. Lediglich einige Punkte sei dort Auskunft gegeben, erschöpfend sei sie aber noch nicht.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt dazu, daß diesem Schreiben ein weiteres folgen werde, in dem ausführlichere Mitteilungen, besonders über die Beziehungen der Reichsmonopolverwaltung zu einzelnen Barmatfirmen, umfassen werden.

Der Vorsitzende Abg. Saenger teilt die Untersuchung, die der Ausschuss zu führen hat, in vier Komplexe ein. Der Ausschuss dürfe nicht entsprechend der Weisung eines anderen Stelle, aus der Untersuchung einen „politischen Gouache“ machen und alles behandeln, was ihm unter die Feder komme, sondern systematisch vorgehen. Diese vier Komplexe sind: 1. die Frage der Postkredite; sie können nicht behandelt werden, solange noch der Beschluß der vertraulichen Sitzung des Ausschusses besteht. 2. Die Verhältnisse bei der Demag. Auch hier könne nichts unternommen werden, solange die Akten nicht zur Stelle sind. 3. Die Reichsstellen, bei der gleichfalls das Material nicht beschafft werden kann. 4. Die persönlichen Angelegenheiten Barmats, soweit sie seinen Ruf und seine Beziehungen zu Reichsbehörden betreffen, ebenso die angeblichen Beziehungen zum Reichspräsidenten. Mit den Berichterstattern sei der Vorsitzende darüber einig, daß das, was der preussische Untersuchungsausschuss über Reichsangelegenheiten bisher erörtert habe, für den Reichstagsausschuss nicht genüge.

Als Zeugen würden zunächst zu laden sein: 1. Staatssekretär Töpfer, 2. Botschaftsrat Käster, 3. Professor Biedenkopf, der frühere Leiter der Abteilung 10 des Auswärtigen Amtes, 4. Staatssekretär Reichner, 5. Graf v. Bassenheim, das frühere Mitglied der Gehaltskommission von Haag. Er schlägt vor, die nächste Sitzung am Donnerstag abzuhalten und dann drei Tage lang zu tagen.

Abg. Völsger wünscht, daß der vierte Punkt zuerst verhandelt werde. Wenn andere Punkte eingeschaltet werden, würde das Gedächtnis an die bisherigen Ermittlungen verblasen.

Abg. Bruha (Dnat.) hält es für ausgeschlossen, daß bei Punkt 4 noch etwas herauskommen werde, besonders nicht über den Unterschied zwischen einem Wunsch und einem Ersuchen des Reichspräsidenten. Bei der Reichsstelle handelt es sich nicht um strafrechtliche Dinge, sondern darum, wer Barmat begünstigt habe, und ob es wahr sei, daß Prozente an die Parteikasse der Sozialdemokratie abgeliefert worden seien. Wenn wir vor einem Staatsanwalt zurücktreten, würden wir nicht weiterkommen. Herr Bruha beschwert sich darüber, daß in den Zeitungsberichten über die gestrige Sitzung gesagt worden ist, Barmat sei schon ein kaiserlicher Agent gewesen.

Abg. Aufhäuser (Soz.) erklärt sich damit einverstanden, daß der Punkt 4 zuerst erledigt wird. Danach wolle er endlich die Frage, wegen der der Ausschuss doch überhaupt eingeleitet worden sei, erledigt werden, nämlich die Erörterung der Postkredite. Die Festnahme Hoffes ist inzwischen erfolgt, der einzige Grund, der uns veranlaßt, von der Erörterung der Postkredite Abstand zu nehmen, ist also beseitigt. Im Antrag 68, der die Verantwortung für unsere Arbeit gegeben hat, wird ausdrücklich, und in erster Linie die Untersuchung der Postkredite verlangt. Wir können nicht nur in Rücksicht auf den Staatsanwalt ein so wichtiges Thema ganz unerörtert lassen. Wünsche des Staatsanwalts haben im preussischen Ausschuss überhaupt keine Beachtung erfahren. Der Zweck unserer Untersuchung ist doch in erster Linie die Verbindung zwischen Politik und Geschäft, die Teilnahme oder Förderung von Politikern an Geschäften zu ermitteln. Aufhäuser schlägt deshalb vor, zuerst die Fragen zu behandeln, die mit dem Reichspräsidenten in Verbindung gebracht worden sind, denn über 2. die Postkredite zu untersuchen und 3. die Reichsstellen.

In der weiteren Debatte teilte der Abg. Demich (Dnat.) mit, daß der Untersuchungsrichter in der Postkreditfrage auch noch laste, deswegen dürfe man seine Reise nicht stören. Der Abg. Rosenfeld (Komm.) meint, daß man im preussischen Ausschuss deswegen nicht viel erreicht habe, weil man dort die Fragen „aus der Tiefe des Gemüts“ heraus behandelte. An die Postkreditfrage brauche man deswegen nicht heranzugehen, weil der Staatsanwalt schon mit Energie die Sache behandelte. Um weitere Feststellungen in den persönlichen Angelegenheiten zu treffen, sei es notwendig, nach einige Personen, wie den Abg. Hermann Müller und den früheren Botschafter Rosen zu laden und auch den Reichspräsidenten zu vernahmen.

(Schluß im Morgenblatt.)

## Die Krähwinkelstadt.

In Schilda hätte man bekanntlich Häuser gebaut, in denen die Fenster leuchten. Als man diese seltsamen Gebäude beziehen und bewohnen wollte, merkte man erst die Fehler und stand verlegen und ratlos da. Wenn wir diese schöne Geschichte lesen, laden wir nach Herzenslust und verpöten mit Recht diesen Schilddürker. Indessen in Berlin haben wir heute eigentlich gar keine Berechtigung zum Spott über die braunen Schildaer Baumeister. Die Berliner Häuser haben zwar Fenster, Gott sei Dank, aber um acht Uhr müssen die Türen geschlossen werden, um acht Uhr abends erlischt das Licht auf den Treppen. Das ist heute so, immer noch so — sämtliche Berliner Verkehrsmitel rollen die halbe Nacht, Restaurants und Kaffeehäuser schließen ihre Betriebe um ein Uhr, die Theater sind in der Regel vor elf Uhr abends nicht am letzten Wort der Stücke — und das wird bis auf weiteres auch so bleiben. Lange schon haben Berliner Bürger es unerträglich gefunden, daß die Häuser bereits um acht Uhr abends geschlossen werden, was mit allerlei Gefahren verknüpft ist, und hatten infolgedessen unlängst erneut an das Polizeipräsidium das Ersuchen gerichtet, die Sperrstunde wenigstens bis neun Uhr abends zu verlängern. Sehr wird bekannt, daß der Polizeipräsident den Erlaß einer Verordnung, wonach die Pflicht zur Offenhaltung der Wohnhäuser und die Beleuchtung der Treppen bis abends neun Uhr festgesetzt wird, abgelehnt hat. Der Magistrat hat hiervon Kenntnis genommen und wird die Frage damit auf sich beruhen lassen.

Wie war es doch gleich? Außer vielen anderen „Segnungen“ hat uns der Krieg auch den Lichtschutz der Häuser gebracht. Es sollte und mußte damals Gas und elektrisches Licht gesperrt werden, und es war gewiß nach dieser Richtung nicht gleichgültig, ob man die Lichtquellen um acht oder um zehn Uhr erlöschen ließ. Das Publikum aber fügte sich ohne Widerspruch in diese Maßregel. Die ganze Welt war damals dunkel, keinen gelästete es, Besuche zu empfangen oder Besuche zu machen, Theater und Konzertsäle waren kaum zur Hälfte gefüllt. Jeder sah zu Haus, meistens in kalten und kaum halb erleuchteten Wohnungen und niemand fand sich beleidigt oder gar beleidigt dadurch, daß nach acht Uhr auf den Treppen kein Licht mehr brannte und die Haustür verschlossen war. Heute aber haben sich doch alle diese Verhältnisse wesentlich verändert und verschoben, was man, weiß Gott, keinem mehr noch besonders beweisen muß. Heute ist es Pflicht, daß die Häuser nicht nur bis neun, sondern bis zehn Uhr geöffnet und beleuchtet sind. Berlin ist nicht Krähwinkel. Es ist wirklich höchst merkwürdig, daß sich der Magistrat bei der Verordnung des Polizeipräsidenten, die nur hat einstecken können, weil er falsch und schief unterrichtet war, beruhigt und nicht energisch Einspruch dagegen erhoben hat. Der Magistrat hätte den Polizeipräsidenten darauf aufmerksam machen müssen, daß der Lichtschutz der Häuser nicht selten zur Folge hat, daß sich Geizhals einstellt, auf den dunklen Treppen verstreut hält und auf die günstigste Gelegenheit zum Wohnungseinbruch wartet. In vielen Häusern löschen zwar die Portiers um acht Uhr die Lichter, lassen aber aus Gefälligkeit gegen die Mieter, die noch Gäste erwarten, die Haustüren bis neun Uhr unverschlossen.

Wie immer. Die Berliner Häuser müssen bis zehn Uhr geöffnet bleiben und beleuchtet sein. Das ist die berechtigte Forderung der heutigen Zeit.

## Gegen das Befoldungsperrgesetz.

Die Denkschrift der Regierung über das Befoldungsperrgesetz und die Befoldungsverhältnisse der Gemeindebeamten hat eine außerordentliche Erregung verursacht. Am morgigen Sonntag bezieht sich eine Demonstrationssammlung der Kommunalbeamten mit dieser Frage. Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion hat beschlossen, in der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag einzubringen: Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, unverzüglich bei den in Betracht kommenden Regierungsstellen für die Aufhebung des Beamtenperrgesetzes einzutreten.

## Der rätselhafte Tod der Pförtnerfrau.

Der Tod der Pförtnerfrau Ziomba, über den wir aus der Eghäuser Welle berichtet, ist jetzt soweit aufgeklärt, daß man mit Sicherheit sagen kann, daß kein Verbrechen vorliegt. Ein Selbstmord war von vornherein ausgeschlossen. Wegen ihm sprechen nicht nur alle Verhältnisse des Ehepaars, sondern auch der Umstand, daß der Schuß nicht aus unmittelbarer Nähe abgegeben worden ist. Es handelt sich ohne Zweifel um ein Unglück. Ob hierbei fremde Schuld vorliegt, bedarf noch der Aufklärung. Der Wächter hat die Waffe, die ihm für den Nachdienst anvertraut ist, eine Selbstmordpistole, morgens 8 Uhr im Futteral auf den Rücken gelegt. Sie muß aus dem Futteral herausgenommen worden sein, entweder von Frau Ziomba selbst oder von einer dritten Person, die noch nicht bekannt ist. Festgestellt ist, daß sie entweder vom Tisch herunter oder jemandem aus der Hand gefallen ist. Ein Einbruch in dem Einkaufsbeleg des Fußbodens der Küche zeigt, daß sie mit dem Schlüssel eingeschlagen ist. Dadurch ist ein Schuß losgegangen, und die Kugel ist von unten schräg nach oben der unglücklichen Frau durch das Kinn in den Kopf eingedrungen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei gehen weiter.

„Der Rechtskurs in Deutschland“ lautete das Thema in der Kreismitgliederversammlung des Kreises Friedrichshagen, in der Genosse Stellung am Freitag, den 6. Februar sprach. Einleitend behandelte er die Affären Kautzer und Barmat und betonte, daß gegen jeden Genossen, der die Partei geschädigt habe oder noch schädigen könnte, rücksichtslos und ohne Ansehen der Person vorgegangen werde. Es sei eine Kommission, je drei Mitglieder des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, zwecks Untersuchung aller Beschuldigungen eingesetzt. Im Falle Bauer habe sie bereits einen wohl alle Kreise der Partei befriedigenden Beschluß gefaßt. Bauer habe parteischädigend gehandelt. Damit unter der Hand rein bleibe, wird gegen jeden anderen genau so vorgegangen werden. Genosse Stellung betonte weiter, daß Bürgerliche sowohl als Kommunisten kein moralisches Recht hätten, der SPD. Korruption vorzuerufen. Vergessen wir nicht in diesen Tagen der beispiellosen Hege gegen uns, daß man bereits, ohne Mitwirkung des Reichstags, 715 Millionen Goldmark an die Großindustrie des Ruhrgebiets gezahlt habe, während keine Geschäftsleute, Arbeiter und Angestellte nicht nur nichts bekommen, sondern durch das brutale Vorgehen der Schwerindustrie größter Not und vermehrter Arbeitslosigkeit ausgesetzt würden. Die Grubennaganten erhielten 3 Milliarden um eine geringe Erhöhung der Renten und Unterstützungssätze für Witwen und Waisen und Rentienempfänger wird gefordert und kein Verständnis für deren Not ist bei den Rechtsparteien zu finden. Das ist der Beginn des Rechtskurzes. Wären die Kommunisten nicht so verrannt und verblendet, so wäre kein Rechtskurz zustande gekommen. Wenn in Zukunft auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der Steuerpolitik die Reaktion marschiert, so trägt die Politik der SPD. keine geringe Schuld daran. Zeigen wir, so betonte Genosse Stellung am Schluß seiner Ausführungen, überall, wo sich die Gelegenheit bietet, daß die Rechtsparteien unter der Führung von Luther-Schleife-Treue Mann Bürgerpolitik, das heißt arbeitserniedrigende Politik treiben. Klarheit müssen wir verbreiten, damit das Volk sieht, wohin der Kurs geht.

## Verbrecherisches Spiel mit der Feuerwehr.

### Häufung der böswilligen Alarmierungen.

In der letzten Nacht wurde die Berliner Feuerwehr unruhig, meist böswilligerweise alarmiert. Kaum war ein Alarm ertönt, folgte der zweite. Um 4 1/2 Uhr wurde sie sogar gleichzeitig böswillig nach der Reuendorfer Str. 70 in Spandau und nach der Ecke der Jagow-Straße in Spandau alarmiert, so daß mehrere Jüge ausrücken mußten, und während dieser Zeit die Wachen einblüht waren. Nachts um 3 Uhr wurde die Wehr nach dem Straßow-Platz in Spandau und gegen 2 Uhr nach dem Benela-Platz 7 in Berlin. Ferner mußten Jüge nach der Seeburger Straße 24, Arunne- und Bismardstraße in Charlottenburg auf Grund böswilliger Alarmierungen ausrücken. In keinem Falle gelang es, die Täter zu ermitteln, obwohl man sich rechtlich bemühte. Um 1 Uhr nachts standen die Keller im Hause Spener Str. 34 in solcher Ausdehnung in Flammen, daß der 15. Böschung längere Zeit mit mehreren Schlauchleitungen kräftig löschen mußte, um die geängstigten Hausbewohner zu beruhigen. In Steglitz stand nachts in der Langestr. 16 eine Wohnkammer und in der Sedanstr. 11 ein Kohlenlager in Flammen. Der 1. Zug hatte in der Rückerstraße 46/47 einen gefährlichen Kellerbrand zu löschen, was erst nach kräftigem Löschen gelang.

Durch die Rabiwand in den Juwelierladen. Reiche Beute machten Einbrecher, die in der vorübergehenden Nacht ein Juweliergeschäft in der Berliner Str. 104 in Neukölln heimlich suchten. Sie stiegen vom Hofe aus durch ein Fenster zunächst in eine Stube ein, die hinter einem Freisitzladen liegt. Hier schnitten sie aus der Rabiwand, die die Stube von dem Juwelierladen trennt, ein 40x40 Zentimeter großes Stück heraus, stiegen in den Juwelierladen und erbeuteten für 10000 M. goldene und silberne Taschen- und Armbanduhr. Der Bestohlene hat auf die Wiederbeschaffung eine Belohnung von 10 Proz. des Wertes ausgesetzt.

## 136 Opfer der Gruben-Katastrophe.

### Große Anfrage der SPD-Fraktion im Landtag.

Amlich wird bekanntgegeben, daß bei dem Unglück 136 Bergleute ums Leben gekommen sind. Davon sind bis jetzt 122 geborgen, während 14 noch nicht freigemacht werden konnten. Die Bergungsarbeiten gestalten sich äußerst schwierig, so daß noch nicht gesagt werden kann, wann die letzten Toten zu Tage geschafft werden.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte im Preussischen Landtag folgende Große Anfrage ein:

In der furchtbaren Katastrophe von Grubenkatastrophen, die den deutschen Bergbau heimlich suchten, ist diejenige, die sich am 11. Februar abends 8 1/2 Uhr auf der Zeche „Raminstein“ abspielte, eine der erschütterndsten sowohl hinsichtlich der Zahl der Opfer als auch der Begleitumstände. Das Massenunglück hat an Toten 129, an Schwerverletzten 8 Opfer gefordert. — Der amtliche Nachrichtenendienst hat in den ersten 36 Stunden nach Eintritt der Katastrophe völlig versagt. Noch am 13. Februar früh 10.30 Uhr fehlten dem Grubensicherheitsamt des preussischen Handelsministeriums amtliche Nachrichten über die Zahl der Toten und Verletzten, über den Charakter der Explosion und über den Herd derselben. Auch über das Fehlen der Vorhandensein der vorgeschriebenen Sicherheits- und Vorbeugungsmaßnahmen war zu dieser Stunde an der Zentralfstelle noch nichts bekannt. Die in der Morgenpresse vom 13. Februar veröffentlichte einzige amtliche Mitteilung aus dem Oberbergamt in Dortmund datiert vom 12. Februar, nachmittags 3 Uhr. Die Arbeit des Grubensicherheitsamtes und der Grubensicherheits-Hauptkommission über die Sprengstoffüberwachung, Sicherheit der Grubensamten, Instandhaltung des Befoldungswesens und der Lokalisierung einleitender Explosionsfolgen durch Gesteinstaubstöße und die Veranlassung der Weiterentwicklung dürfen erwarren lassen, daß die Ursachen von Explosionskatastrophen auf das vornehmlichste Minimum reduziert und im Falle, daß trotz aller Vorkehrungsmaßnahmen dennoch ein Explosion ausbricht, das Weiterverbreiten der Explosionskraft durch entzündeten Kohlenstaub in weitgehendstem Maße unterbunden wird. Bei mehreren auf anderen Zechen aufgetretenen Explosionen haben die vom Grubensicherheitsdienst erlassenen Vorschriften sich ausgewirkt und die Ausbreitung der Explosionskatastrophen wirksam eingedämmt. Ist das Staatsministerium bereit, 1. restlose Aufklärung der Ursachen der Katastrophe zu schaffen und unnochthätige Verfolgung aller derjenigen Stellen und Personen, die sich im Sicherheitsdienst Nachlässigkeiten und Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen, einzuleiten? 2. Aufklärung darüber zu geben, was das Staatsministerium zu tun gedenkt, um die bergpolizeilichen Vorschriften und die Anweisungen der Grubensicherheitsbehörde zur Durchführung zu bringen? 3. mitzuteilen, welche Maßnahmen zum weiteren Ausbau der Grubensicherheit beabsichtigt sind? 4. die Mängel des Nachrichtenendienstes aufzuklären und für ihre Abheilung Sorge zu treffen?

Die Schottlandfahrt der „Budau“. Die bereits für vorgestern nachmittags vorgesehene Abfahrt des Rotzschiffes „Budau“ aus dem Kieler Hafen mußte infolge eines Defektes verschoben werden. Das Schiff verließ heute morgen um sieben Uhr den Kieler Hafen. Es nahm in Holtenau einen Kanakoffen an Bord. Das nächste Ziel ist Cuxhaven, von wo die Heberfahrt nach Schottland angetreten wird.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Bezirksvorstand.

Heute abend 6 Uhr Sitzung im Konferenzzimmer der Vorwärts-Redaktion, Lindenstr. 3.

Arbeiterwohlfahrt, Arbeiterjugend, Jungsozialisten! Heute, Sonnabend, den 14. Februar, abends 7 Uhr, Lindenstr. 3, 2. Hof, 8 Tr. Versammlung aller Parteimitglieder, älterer Jugendgenossen, Jungsozialisten und Funktionäre der Arbeiterwohlfahrt. — 1. Wie kann die Arbeiterjugend in der Jugendfürsorge und Jugendgerichtshilfe mitarbeiten (Jugendrichter Dr. Franke). 2. Aussprache. — Alle interessierten Genossen sind eingeladen.

Jungsozialisten. Gruppe Neukölln. Treffpunkt zur Fahrt am Sonntag, 8 Uhr, am Bahnhof Neukölln.

## Jugendveranstaltungen.

### Morgen, Sonntag, den 15. Februar 1925:

Kochst. II. Fahrt Ostsee-Gebiet. Treffp. 6 1/2 Uhr Bf. Potsdam. — Weibing-Kord. Fahrt Treffp. 1/2, 8 Uhr Bf. Weibing. — Rosenhagen Vorstadt. Wanderung durch den Krümer. Treffp. 7 Uhr Bf. Weibing. — Weiten. Besuch des Völkertuntenmuseums. Treffp. 9 Uhr Bf. Weibing. — Rieberschönweide. Jugendheim Berliner Str. 11. Schloßbrenner-Abend. — Kreuzberg. Fahrt nach Zogel. Treffp. 7 Uhr Bf. Kreuzberg. — Reinickendorf. Ost. Spielabend. Spielabend mitbringen. Treffp. 8 Uhr „Seibel“. — Senftenberg. Spielabend. Treffp. morgen früh 7 Uhr Bf. Senftenberg. —

Schöneberg. Treffp. 7 1/2 Uhr Jugendheim Parlane 10. Vortrag: „Bürde und Arbeit“.

Sitzung Jugendgenossen und -genossinnen! Am Sonntag, den 15. 2. 25, nachmittags 10 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3. — Uebungen von Volkstänzen für die Kräfteübungen. Jede Abteilung muß vertreten sein. Dienstag, den 17. Februar, 1. Jahresabschluss der Jungsozialisten, die am Jugendgerichtshilfe im Weibing mitwirken wollen, im Jugendheim, Lindenstr. 3, abends 7 Uhr.

